

Die Republikaner REP

seit 1994 vertreten in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt FULDA

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
D-36037 FULDA

Anfrage V (8/2016)

Bez.: **SVV** am Montag, den 11. Juli 2016/ 18.00 Uhr

Betr: **Niesiger Straße** (Osthessen-News vom 22.06.2016 „Genervte Anwohner“)

Problem: Schon im Rahmen der Westring-Diskussion wurde seitens der Republikaner daraufhingewiesen, daß die LKw's die auf der BAB 7 von Norden kommen, den kürzesten Weg ins Industriegebiet West nehmen werden und nicht über den Kilometer längeren Weg über den Westring, wie die größeren Parteien uns versuchten glaubhaft zu machen. Eine nachhaltige Lösung wäre auch hier eine ähnliche Lösung herbeizuführen wie die des „Weimarer Tunnels“. Nur dies entlastet die Bürger von Lärm, Abgasen nachhaltig.

II. Ferner ist wäre zu überlegen, ob man die bis zu 20.000,- € Kostenbeteiligung für die Bürger auf z.B. 8 Jahre verteilt stunden könnte. So sind Hauseigentümer kein Goldesel. Man erinnere sich noch an 2010, wo nur durch die Aufklärung seitens der Republikaner und entschlossener Bürger die Abwasserzwangssanierung gerade noch verhindert werden konnte, als L. Puttrich 2012 diese von den Altparteien befürwortete Zwangsverordnung kassierte. Dies hätte auch bis zu 20.000,- € pro Hauseigentümer gekostet. Hier wird seitens der Regierungsparteien bestimmten Hauseigentümergehälde 5 Jahre eine Belastung eines mittleren Jahresgehaltes zugemutet.

1.) Ist die Stadt Fulda gezwungen ohne Planfeststellungsverfahren und ohne einen Alternativplan wie z.B. die Lösung einer Untertunnelung sofort mit dem 1,7 Mio. teuren Umbau dieses Straßenabschnittes zu beginnen?

2.) Wäre es gemeinderechtlich möglich den Anwohnern dies wie oben dargestellt die Kostenbeteiligung zu stunden?

Berichterstatter: Kay Wehner

Anton J. Rummel²

Fulda, den 26. Juni 2016

